

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei voller Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 7.00 M. im voraus zahlbar. Für die Postverwaltung nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streichung bezogen für Deutschland und Österreich 10.— M., für das übrige Ausland 15.50 M. jährlich. Volantenaufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 12.— M.

Inserate kosten die achteigste Nonparille ober dem Raum 3.20 M. zuzügl. 30% Steuerungsbeitrag. Familien- und Organisationsanzeigen die achteigste Nonparille 2.40 M. netto. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 51 Pfg. zuzügl. 30% Steuerungsbeitrag. Stellenausschreibungen, Familien- u. Organisations-Wort-Anzeigen kosten das festgedruckte Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 51 Pfg. netto. Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895 und 2896.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Herrschaft der Kriegsgerichte.

Wo bleibt die Amnestie?

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet schalten und walten die Kriegsgerichte ohne jede Hemmung. Verhaftungen über Verhaftungen, Hausdurchsuchungen über Hausdurchsuchungen werden vorgenommen. Die Militärs kehren sich an keine Abmachungen. Jede Beteiligung an den Kämpfen, ganz gleich zu welchem Zeitpunkt, jedes Waffentragen ohne Rücksicht darauf, ob der Inhaber mitgekämpft hat, jede Flugblattverbreitung, jede Amtshandlung, die im Auftrag der Vollzugsräte oder des Zentralrats vorgenommen wurde, wird als Aufruhr behandelt und mit den bekanntesten schweren Strafen belegt.

Wir fragen demgegenüber, wo bleiben die Zusagen der Regierung, wo die für beide Teile bindenden Abmachungen von Bielefeld und Münster? Im 17. Punkt der Bielefelder Beschlüsse wird gesagt:

„Weber den Arbeitern, die an den Kämpfen teilgenommen haben, noch den Mitgliedern der Polizei und Einwohnerwehr und den Mannschaften der Reichswehr werden Nachteile oder Belästigungen wegen ihrer Teilnahme erwachsen.“

Dieser Punkt wird wohl, sofern er sich auf die Mitglieder der Polizei und Einwohnerwehr und die Mannschaften der Reichswehr bezieht, innegehalten, nicht aber, sofern es sich um kämpfende Arbeiter handelt. Weiter wurde bei den Einigungsverhandlungen in Münster die Regierung auf Grund der Bielefelder Vereinbarungen zu folgenden Verpflichtet:

„Sämtliche Straffreiheit für die bis 2. April, 12 Uhr mittags, an den Kämpfen beteiligten Arbeiter zu gewähren. Als Ausführer, im Sinne der Regierungserklärung vom 30. März gilt nur derjenige, der nach dem 2. April, 12 Uhr mittags, nach zum Zwecke des Kampfes gegen die ver-

fassungsmäßigen Organe Waffen führt oder die Waffen nicht abgeliefert hat.“

Die Verfolgung der Arbeiter durch die Kriegsgerichte erstreckt sich aber wahllos auf alle, deren man durch Denunziationen oder sonstige Mittel habhaft werden kann, ohne Rücksicht darauf, ob sie nach dem 2. April noch gekämpft oder Waffen bei sich geführt haben. Hunderte von Leuten werden täglich verhaftet und teilweise abgeurteilt, trotz ihrer energischen Berufung auf die Bielefelder und Münsterer Abmachungen. Die Militärs erklären, daß sie sich an diese Abmachungen nicht halten, da die entsprechenden Besordnungen dazu von der Regierung nicht erlassen worden seien. Für sie besteht also im Ruhrgebiet Kriegsrecht und sie üben das auch mit aller Schärfe und der ihnen eigenen Brutalität und Rücksichtslosigkeit aus.

Wenn die Regierung überhaupt noch Wert darauf legt, als vertrauenswürdiger Kontrahent von der Arbeiterseite betrachtet zu werden, so muß sie unbedingt sofort, ohne jedes Zögern, die den Münsterer und Bielefelder Abmachungen entsprechende Amnestieverordnung erlassen. Der von der Regierung eingeleitete Zivilkommissar, bei dem täglich massenweise Beschwerden einlaufen, erklärt diese, im Bewußtsein seiner Ohnmacht, als „vereinzelte Uebergänge“. Wir fordern daher: Sofortige Amnestieverordnung für die an den Kämpfen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet beteiligten Arbeiter, Angestellten, Beamten. Entspricht die Regierung dieser Forderung nicht, so macht sie sich des Vertragsbruches schuldig und liefert den erneuten Beweis, daß sie unter der Diktatur der Militärs steht.

Auf den politischen Parteien, insbesondere auf den Rechtssozialisten und den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden, lastet die volle Verantwortung wenn die Regierung nicht zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen gezwungen wird. Sie müssen sofort die Initiative ergreifen, damit die Amnestieverordnung schnellstens zur Tatsache wird.

Räte, Partei und Gewerkschaften.

Von Paul Wegmann.

II.

Um allen Zweifeln und allen falschen Gerüchten, die in der Öffentlichkeit und verstreut über die Betriebsrätezentrale kursieren, entgegenzutreten, wollen wir unsere Aufgaben, die wir uns gestellt haben, hier nochmals kurz präzisieren:

Wir wollen alle Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin zusammenschließen und sind in dieser Arbeit bereits ein gewaltiges Stück vorwärts gekommen. Diese zusammengesetzten Betriebsräte werden sich durch unsere Organisation zunächst in den einzelnen Hauptberufsgruppen (Metallindustrie für die Metallbetriebe, Holzindustrie für die Holzbetriebe usw.) zusammenschließen. Sie werden für ihre Hauptberufsgruppen auf Vollversammlungen zusammenkommen. Dort werden prozentual ihrer Stärke alle Untergruppen, die zu dieser Hauptberufsgruppe gehören, vertreten sein, sie werden sich einen geschäftsführenden Ausschuss oder Hauptauschuss wählen, der nunmehr über die entsprechenden Hauptberufsgruppen in allen Untergruppen alle Arbeiter zu erheben hat, die in im Interesse ihrer Berufscollegen und 2. aber auch im Interesse der Fortentwicklung der sozialen Revolution notwendig sind. Aus allen Betriebsräten aller Haupt- und Untergruppen setzen sich dann Delegierte zusammen, ebenfalls prozentual ihrer Stärke, zu einer Generalversammlung der gesamten Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin. Dort sollen nunmehr alle die Arbeiter erhebt werden, die für die gesamte Industrie des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin notwendig sind. Dieser Generalversammlung stellen wir als Betriebsrätezentrale sofort unsere Mandate zur Verfügung. Für uns ist dann unsere Aufgabe gelöst, dann sollen die Betriebsräte als Beauftragte ihrer Arbeiterschaft selbst die Geschäfte der gesamten Berliner Hand- und Kopfarbeiter in die Hand nehmen. Dann glauben wir wirklich im Sinne des Rätegedankens eine Arbeit geleistet zu haben, die notwendig und für die künftige deutsche Bedarfsdeckungswirtschaft fruchtbringend sein wird.

Wenn erst in Berlin diese Aufgabe gelöst ist, dann wird auch die Antipathie im Reich gegen den „Wasserfopf Berlin“ verschwinden und dort dieselbe Arbeit vorgenommen werden müssen. Die Genossen aus der Provinz werden dann in der Berliner Betriebsrätezentrale eine vorbildliche Organisation finden und sich für die notwendigen Schritte in ihrem Bezirk informieren können. Die Geldmittel, die hierzu nötig sind, und die in Berlin bisher die opferwillige Berliner Arbeiterschaft aufgebracht haben, können vielleicht im Reich auf dieselbe Weise aufgebracht werden.

Die Notwendigkeit dieser Arbeit erkennen auch die verschiedenen Gewerkschaftsführer nicht, nur glauben sie, daß diese Arbeit den Gewerkschaften obliegt. Wir sind andererseits der Ansicht, daß gerade in der Jetztzeit die Gewerkschaften derartig viel mit den gerechten wirtschaftlichen Forderungen ihrer Mitglieder zu tun haben, daß sie sich nicht mit der notwendigen Kraft auf unsere Aufgabe konzentrieren können. Und es würde der Bewegung ein schlechter Dienst erwiesen, wenn man nebenbei diese Zusammenfassung der Betriebsräte vornehmen wollte. Es würde etwas Halbes sein und damit auch einen ungünstigen Einfluß auf die notwendigen wirtschaftlichen Kämpfe der Gewerkschaften ausüben. Weiter würden in den Gewerkschaften nur diejenigen Betriebsräte erfasst werden können, die Mitglieder dieser Gewerkschaften sind. Es würde also nicht der Zusammenfassung der gesamten Hand- und Kopfarbeiter dadurch erzielt werden, sondern im Gegenteil wieder eine Teilung der Betriebsräte mit ihren ungünstigen Folgen kommen. Ganz abgesehen davon, daß die Gewerkschaften auf Grund ihrer besonderen Aufgaben der wichtigsten Funktion der Betriebsräte, der Einwirkung auf den Produktionsprozess gar nicht gerecht werden können.

Man macht uns den Vorwurf, daß wir Mitglieder der U. S. P., nicht nur U. S. P.-Betriebsräte zusammenschließen, sondern auch R. P. D. und S. P. D. oder sogar Demokraten. Dieser Vorwurf mag vom reinen parteipolitischen Standpunkt aus berechtigt sein, vom sozialistischen ist er ganz entschieden zu verwerfen und zurückzuweisen. Man verweist auf die früheren Vollversammlungen der Berliner Arbeiterräte und auf die unlieblichen Szenen in diesen Versammlungen und glaubt damit die Haltung der Partei- und Gewerkschaftsgruppen zu rechtfertigen zu können.

Die Arbeit in San Remo.

San Remo, 23. April

Genau so wie die Oberste Rat heute die Beratung der territorialen Klauseln des Friedensvertrages mit der Türkei fort und setzte die Grenzen der europäischen Türkei fest. Bei der Prüfung der armenischen Frage erkannte der Rat auf Zustimmung von Erzrum an Armenien. Außerdem wurde beschlossen, daß die internationale Meerengenkommission an Stelle der von der Londoner Konferenz geplanten Zentralkommission die Kontrolle der Türkei übernehmen soll.

Darauf beschloß sich die Konferenz mit dem Feldzug der Bolschewisten gegen Batumi. Die französischen und die englischen Delegierten verweigerten die von den anderen Delegierten geforderte Räumung der Stadt. Daher wurde beschlossen, daß die britischen, französischen und die italienischen Streitkräfte die Stadt verteidigen sollten.

Lloyd George gegen die Blockade Deutschlands.

San Remo, 23. April. (Neuter.)

In einer Unterredung mit Pressevertretern dominierte Lloyd George die Gespräche von einer Wirtschaftsblockade gegen Deutschland. Ein solcher Vorschlag sei nicht gemacht worden. Es handle sich nur um Vorklagen. Die in Deutschland herrschende Lebensmittelnot sei schon groß genug. Wer der Vertrag müsse durchgeführt werden und die Alliierten müßten zusammenstehen. Deutschland, so fuhr Lloyd George fort, sei gegenwärtig zu schwach, um eine Blockade zu sein. Er stellte energisch in Abrede, daß er eine Revision des Vertrages privatim oder öffentlich vorgeschlagen haben sollte.

San Remo, 23. April. (Neuter.)

Die polnischen und estnischen Delegierten sind heute morgen eingetroffen.

Gaillaux in Freiheit.

Paris, 23. April

Zum Urteil im Prozess Gaillaux wird ergänzend gemeldet, daß nach dem Spruch des Rechts die Gefährdung durch die Unterjochung des Verhafteten ist. Gaillaux wird sich daher von morgen ab auf freiem Fuß befinden. Er war bei der Urteilsverkündung nicht anwesend.

Die Landesversammlung der U. S. P. in Sachsen.

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Leipzig, 24. April.

Der schon mitgeteilte Beschluß der Landesversammlung, an der Regierungsbildung vor den Wahlen nicht teilzunehmen, wurde in einer sehr ausgedehnten Debatte vornehmlich damit begründet, daß die U. S. P. durch solche Beteiligung an einer Koalition mit den Rechtssozialisten eine gewisse Verantwortung für die Politik übernehme, die die Rechtssozialisten bis jetzt getrieben haben und auf die unsere Partei keinen Einfluß hatte. Die Rechtssozialisten wollen durch eine neue Regierungsbildung ihre Wahlen verbessern. Die U. S. P. hat aber keine Verantwortung, dazu beizutragen und den Zerwürfungsprozess der Rechtssozialisten anzuhalten. Die Wahlen müssen erst Klarheit bringen über das Stärkeverhältnis, ehe man an eine Regierungsbildung denken kann. Dann können die Bedingungen entsprechend formuliert werden.

Eine Anzahl Redner vertrat den Standpunkt, daß man schon jetzt zur Regierungsbildung sich bereit erklären müsse, man dürfe die Verantwortung nicht ablehnen im Interesse der Einheitstreu des Proletariats. Der Antrag des Landesvorstandes, sich vor den Wahlen nicht an der Regierungsbildung zu beteiligen, wurde mit 56 gegen 3 Stimmen angenommen.

In einer besonderen Resolution wurde gefordert, daß die Landtagswahlen am selben Tage wie die Reichstagswahlen stattfinden. Die übrigen Verhandlungspunkte betrafen die Vorbereitung der Wahlen, Aufstellung der Kandidatenliste für den Reichstag und Verwaltungsangelegenheiten.

Die Landesversammlung war von 65 Delegierten, 14 Vertretern der Bezirke, einem Mitglied des Landesvorstandes, einem Mitglied des Zentralkomitees der Partei, 8 Volksbeauftragten und zwei Nationalratsmitgliedern besetzt. 8 Stimmen stimmten, recht hatten nur die Delegierten.

Weitere Todesopfer in Frankfurt a. M. Von den bei dem Bombenanschlag verletzten Personen sind noch zwei gestorben. Damit erhöht sich die Zahl der Getöteten auf acht, außer dem Mann, der von einem Auto überfahren wurde.

Diese Ansicht ist unter Berücksichtigung der Worte „Zusammenfassung aller Hand- und Kopfarbeiter“ grundsätzlich. Auch die ersten Vollversammlungen der Arbeiterräte in Berlin haben ja bewiesen, daß trotz der unliebsamen Vorformnisse auf Grund der Diskussionen und der Darlegung der gegenteiligen Ansichten eine Klärung der politischen Meinungsverschiedenheiten stattgefunden hat. Die Hauptfrage aber ist, daß auf Grund dieser Zusammenfassung der Betriebsräte die Möglichkeit besteht, die notwendige Schulung der Betriebsräte für ihre späteren Aufgaben in die Hand nehmen und durchführen zu können. Man wird z. B. hierdurch die Räte für die so einrichten müssen, daß sie wirklich die Betriebsräte erfassen und in ihren Aufgaben schulen kann.

Wir sind nun nicht nur der Ansicht, daß vielleicht in kurzer Zeit die Betriebsräte zeigen müssen, was sie können, sondern wir fassen alle Möglichkeiten ins Auge. Aber das eine steht jedenfalls fest, daß, wenn eine Wiederholung des Kapp-Zuzugs stattfinden sollte, das Endergebnis ein anderes sein wird als das des letzten. Dann ist damit zu rechnen, daß die Betriebsräte die Produktion zu übernehmen und sofort weiterzuleiten haben. Der Schwierigkeit vorzuziehen wir uns nicht, aber die Arbeiter werden nach einem nochmal abgeklärten Rat sich weitgehende Forderungen erheben, die die Sabotage der Unternehmungen auslösen. Gewisse Beispiele berechtigen uns zu dieser Annahme. Sie würden zum Teil ihre Betriebe schließen und der Erträge der Bewegung wäre in Frage gestellt. Dann kann es sich nicht darum handeln, ob die Betriebe sozialisiert sind oder nicht, sondern dann muß ein Interesse der Revolution und des ganzen Volkes die Produktion sofort weitergehen. Das wird nur möglich sein, wenn die Betriebsräte, die dann als Träger der Produktion in Frage kommen, organisatorisch erfährt und womöglich wissenschaftlich vorbereitet sind.

Auf den verschiedensten Zusammenkünften von Gewerkschaften der Partei, der Gewerkschaften und der Räte wurde immer wieder betont, daß die Kompetenzen der einzelnen Instanzen abgegrenzt werden müßten und in jeder Beziehung einheitliches Arbeiten notwendig sei. Wir als Vertreter der Räte haben dem stets freudig zugestimmt, müssen aber immer wieder konstatieren, daß man uns weder den Vorwurf macht, diese Abkommen nicht eingehalten, während in Wirklichkeit von der anderen Seite und speziell von den Gewerkschaften die Vereinbarungen auch nicht gehalten werden.

So lesen wir, daß die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) in der Presse die Betriebsräte ebenfalls aufgefordert hat, sich bei ihr zu melden. Daß dadurch unser Ziel nicht erreicht werden kann, ist selbstverständlich. Weiter müssen wir konstatieren, daß in jeder Beziehung den Gewerkschaften von Parteipresse und Parteinstanzen viel mehr entgegenkommen gezeigt wird, als uns als Rätevertretern. Dadurch werden naturgemäß die Gegensätze nicht aus der Welt geschafft, sondern immer mehr vertieft. Wir erwarten nun endlich, daß Gewerkschaften und Partei einsehen werden, daß es so nicht weitergehen kann und darf, wenn nicht die Bewegung schweren Schaden erleiden soll. Wir setzen bei allen den guten Willen voraus, nehmen aber auch für uns das gleiche in Anspruch. Die Bewegung darf nicht zurückgehen oder weichen auf Grund von Verleumdungen oder Instanzenfragen. Die Bewegung schöpft ihre Kraft aus den Betrieben und der Masse. Diese Masse, das ist der Sinn des Rätesystems, hat über ihre Befehle zu bestimmen. Ihr zum Überhandeln würde den Sinn der Bewegung bedeuten und weiter zu den unliebsamen Folgenerscheinungen führen, die wir jetzt im Anwachsen der Betriebsorganisation sehen. Gewerkschaften, Partei und Räte haben endlich unter Hintertreibung aller persönlichen gewerkschaftlichen oder Parteinteressen in gegenseitigem Einbernehmen und in engerer Fühlung mit der Masse den Willen dieser Masse durchzuführen. Wenn das geschieht, wird die geschlossene

Wahlang der Arbeiterschaft gewährleistet sein und alle Anstürme werden an ihr zerbrechen. Andernfalls wird die Reaktion triumphieren.

Berichtigung. Im Beitragartikel der Abendausgabe vom Freitag ist ein sinnentstellender Fehler enthalten. Im dritten Absatz der zweiten Spalte des Artikels, der mit den Worten beginnt: „Nicht dadurch, daß...“ ist auf der vierten Zeile das Wort „Gesahr“ falsch. Es muß „Gewähr“ heißen.

Der Staatsstreik gegen Gotha.

Aus der Beschwerdeschrift der Landesregierung.

Aus der Beschwerde der Landesregierung der Republik Gotha an den Reichsrat erfährt man näheres über die wirkliche Lage des Landes. Es geht vor allen Dingen daraus hervor, daß die Behauptungen der Reichsregierung, in Gotha hätten keine verfassungsmäßigen Zustände bestanden, durchaus unmaßgebend sind. Die Landesversammlung von Gotha hat 10 Abgeordnete, von denen 10 der U. S. P., einer der S. P. D., vier der Demokratischen Partei, einer der Deutschen Volkspartei, zwei der Deutschnationalen Partei und einer der Bauern- und Handwerkerpartei angehören. Die 10 Unabhängigen und ein bürgerlicher Abgeordneter hatten der Regierung das Vertrauen ausgesprochen und sie in ihren Maßnahmen unterstützt. Während des Kapp-Zuzugs ist von einer Versammlung der Hochverräter die Landesregierung abgesetzt, die Landesversammlung für aufgelöst erklärt und die Bildung einer Koalitionsregierung verlangt worden. Die Parlamentsmehrheit hat das abgelehnt. Es kam dann zu Kämpfen zwischen den Arbeitern und dem reaktionären Militär. Zwei Unterhändler der Regierung, Dr. Dunder, wurden in Berlin verhaftet.

Einige Tage später kam der Reichskommissar Köppler nach Gotha, der sich zum Sprecher der bürgerlichen Parteien machte. Er hat es abgelehnt, für die Sicherung der Immunität der Abgeordneten zu sorgen. Drei Abgeordnete wagten in der jetzt zusammenberufenen Parlamentsversammlung nicht zu erscheinen, weil ihr Leben bedroht war. Diesen Umstand suchten die gegnerischen Parteien durch Mißbrauch und unter Verletzung der Reichsverfassung auszunutzen. Als ihnen das nicht gelang, legten sie ihre Mandate nieder. Seitdem hat das Parlament nur 10 Abgeordnete, mit denen es noch beschlußfähig ist. Die Reichsregierung hält aber noch das alte Staatsgrundgesetz von 1802 für gültig, nach dem das Parlament nicht mehr beschlußfähig sei. Auf Grund dieses Tatbestandes und einer Reihe noch gar nicht untersuchten Anschuldigungen hat die Reichsregierung ihre Verordnungen in Gotha erlassen, obwohl dort die Ruhe und Ordnung nicht gefährdet war. Dem Reichskommissar übertrug sie die vollziehende und gesetzgebende Gewalt und beraubte damit die Regierung und das Parlament ihrer verfassungsmäßigen Rechte. Der Reichskommissar soll nun Neuwahlen ausgeschrieben. Bei dem in Gotha tosenden Verleumdungsfeldzug, bei der weitgehenden Vergiftung des politischen Lebens und der damit erreichten Erbitterung in den Arbeiterschichten sei das das allerungeeignetste Mittel, eine Lösung der Spannung herbeizuführen. Was geschieht, wenn die U. S. P.-Mehrheit im Parlament wieder erscheint und die bürgerlichen Abgeordneten erneut ihre Mandate niederlegen? Was geschieht, wenn eine kleine bürgerliche Mehrheit erscheint und die U. S. P.-Mehrheit auf ihre Mandate verzichtet? Wird die Reichsregierung zugunsten dieser bürgerlichen Mehrheit ihre Rechtsauffassung ändern, oder wird sie erneut einen Reichskommissar mit der Auflösung des Parlaments und der Ausschreibung der Neuwahlen beauftragen? Wann soll dieses Spiel ein Ende nehmen? Was geschieht, wenn der Staatsgerichtshof die Verordnungen des Reichspräsidenten für unvereinbar mit der Reichsverfassung erachtet?

Diese Verhältnisse, so schließt die Beschwerdeschrift, sowie der Umstand, daß der reichsgesetzliche Zusammenschluß Thüringens höchstwahrscheinlich in einigen Wochen vorgenommen wird, lassen erkennen, wie planlos die Maßnahmen der Reichsregierung sind, und der Reichsrat wird ersucht, die Landesregierung in ihrem Bestreben, diese ungesetzliche und grollvolle Verordnung zur Aufhebung zu bringen, zu unterstützen. Der Staats-

gerichtshof für das Deutsche Reich wird von der Landesregierung angerufen.

Haenisch gegen die Maifester.

Künftig wird zu melden beliebt: Für den Fall, daß eine reichsgesetzliche Regelung der Mai-Festertages nicht rechtzeitig erfolgt, ordnet der Kultusminister Haenisch an: Es bleibt dem Ermessen der Schulverbände überlassen, ob am 1. Mai die Schulen geschlossen werden sollen oder nicht. In Orten, wo an gemeindlichen Schulen der Unterricht am 1. Mai ausfällt, ist es auch an staatlichen Anstalten auszulassen. Auch an Schulen, die den Unterricht nicht aussetzen, darf keinem Lehrer und keinem Schüler aus dem Fernbleiben vom Unterricht an diesem Tage irgend ein Nachteil erwachsen.

Womit Herr Haenisch der Maifester in den Schulen den Todesstoß versetzt hat, denn das „Ermessen der Schulverbände“ wird in neunundneunzig Prozent der Fälle gegen die Maifester entscheiden, weil die Schulverbände zu neunundneunzig Prozent mit Reaktionsären schlimmster burranationalistischer Couleur besetzt sind. Und sehr eilig hatte es der Kultusminister. Nicht einmal die reichsgesetzliche Regelung hat er abwarten können.

Die Zeit ist hoffentlich nicht mehr allzu fern, wo totens Straiche sozialistischer Minister gegen Forderungen des Sozialismus nicht für den Vorgesand, gegen den der Streik sich richtet, aber für den Minister selbst tödlich wirken.

Genosse Koste.

Die Rechtssozialisten des Oldenburger Landes hielten kürzlich einen Parteitag ab. In der Aussprache wurde energischer Kampf gegen rechts gefordert. In einer Resolution wird die beständige Entrüstung über die unwahren Behauptungen des Herrn Koste gegen die Bekämpfer und Unterstützer der Marine im Hauptauschuss der Nationalversammlung ausgesprochen. Die Resolution schließt:

Gegen eine solche Tätigkeit erheben wir den schärfsten Einspruch. Genosse Koste hat nach dem völligen Zusammenbruch seiner Politik als Reichsminister kein Recht, sie als sozialdemokratischer Abgeordneter fortzuführen und damit die ganze Partei auf schlimmste zu kompromittieren. Der Bezirksparteitag Oldenburg-Dithmarschen-Coselbrück spricht dem Genossen Koste sein schärfstes Mißtrauen aus und fordert von der sozialdemokratischen Fraktion im Interesse der Partei und aller treu zur Verfassung stehenden Elemente seine sofortige Zurückziehung aus dem Hauptauschuss und daß sie von ihm abtrüben.

Die Rechtssozialisten haben kein Recht, sich über die Politik ihres Genossen Koste zu entrüsten. Sie haben sie über ein Jahr lang mit allen Kräften unterstützt und diesem hervorragenden Zeitgenossen ein Vertrauensvotum nach dem anderen ausgestellt. Für die Folgen dieser Politik ist also die ganze rechtssozialistische Partei mitverantwortlich.

Die Erhebung der Einkommensteuer.

Nach der vorläufigen Erhebung der Einkommensteuer im Rechnungsjahr 1920 hat der Reichsfinanzminister folgendes angeordnet:

1. Bis zum Empfang des vorläufigen Steuerbescheides für das Rechnungsjahr 1920 gemäß § 55 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes haben die Steuerpflichtigen, denen eine schriftliche Mitteilung darüber zugeht, auf die Reichseinkommensteuer vorläufig den Jahresbetrag der Einkommensteuer zu zahlen, der nach der letzten landesrechtlichen Veranlagung zu Gunsten der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) auf Grund der für die Zeit bis zum 1. April 1920 maßgebenden Vorschriften von ihnen zu entrichten war oder wäre. Wegen der Mitteilung ist das Beschwerdeverfahren gegeben.

2. Die näheren Bestimmungen zur Durchführung der unter Nr. 1 getroffenen Anordnung erlassen die Landesfinanzämter; sie bestimmen insbesondere, in welchen Zahlungszeilen die Steuer zu entrichten ist.

erhalten. Alles war im Sinne dieser unendlichen Vögel, und der begehrte Verkauf galt auch der Gesamtdarstellung, in der sich noch Maxie Bergsma als Kunigunde und Fogar Klisch als Vater Friedeborn hervorhoben. E. B.

Freie Sezession.

Der dem Gedächtnisse Franz Marc bestimmte Raum übersteigt alles. Nie ist sein Werk so überwältigend in seiner Pracht und in seiner Reinheit sichtbar gewesen... in seiner absoluten Ueberlegenheit. In tiefer Erschütterung geben wir uns seinen Wundern hin. Daß mit Franz Marc ein neuer Abschnitt unserer Malerei beginnt, erkennt nun gewiß ein jeder.

Ich komme auf diesen Raum bald noch einmal zurück. Ich möchte heute nur sagen, daß die National-Galerie nicht ruhen und nicht taufen darf, ehe sie nicht mindestens eine gleiche Reihe Marc'scher Bilder erworben hat. Der „Luzern der blauen Pferde“ im Kronprinzenpalais ist gut und schön, gibt aber allein keinen eintägigen Begriff von Franz Marc. Es ist noch keine 10 Jahre her, daß der geniale „Tiger“ für 500 M. zu kaufen war. Wo war damals die Staatliche Galerie? Sie warnte, bis der Kaiser bei war und der Preis der Bilder sich verdunstet hatte. Warum? Weil Franz Marc damals noch nicht berühmt war. Und heute geht es wohl noch ebenso, auch nachdem kein Wilhelm II. sich mehr einmischte. Studenberg, Hausmann, Colar Fischer, Kurt Schwitters, Parzell... sie müssen erst vom Kunsthandel in die Höhe getrieben, erst von der „öffentlichen Meinung“ anerkannt sein, ehe die Staatliche Galerie sie sammeln. Die tiefste Mühe — Franz Marc — auszuführen, kostet heute Hunderttausende. Aber sie muß geschlossen werden. Die Galerie folgt doch dem Beispiele Hamburgs, das minderwertige Bilder ausrangiert und an den Kunsthandel verkaufte. Auf diese Weise kann auch die National-Galerie gewaltige Summen verdienen und durch Ausschneiden (auch bei den Roberten!) ihren Charakter wesentlich verbessern. Mit Stolz darf der Berliner Sammler Köhler auf seine Reihe herrlicher Marc-Bilder schauen. Nur in seiner Privatgalerie, der die Freie Sezession ihre Schätze verdankt, läßt sich Franz Marc ganz erkennen. Schwade, daß diese Ausstellung nicht — unentgeltlich! — in der National-Galerie stattfinden. Aber vielleicht löst sie sich dort wiederholen!

Auch Franz Marc's Freund August Wacke, der ihm im Kriegsjahre voranging, wirkt reich und stark. Und zur anderen Seite Marc's hängt ein kleiner Wandbild, so daß der Freundkreis des „Blauen Reiters“ geschlossen ist. Campendonk ist allein von ihm geliehen, aber es verleiht in seinen Bildern die früheren Eindrücke mit solchen aus Hegall,

dessen „Bildnis eines Juden“ im Nebenraume nicht am besten Platz ist. Eine plastische Arbeit Richard Scheibers, die Krönung eines Gedächtnisses, schließt den festlichen Charakter des Saales ab.

Neben dem „Blauen Reiter“ in München war in der frühen Geschichte des deutschen Expressionismus die „Brücke“ in Dresden wichtig. Ihrem Kreise ist der andere Schaal gewidmet mit neuen herrlichen Schöpfungen Schmitt-Rottluffs, Erich Heckels und Otto Müllers. Eine nicht sehr glückliche Fortsetzung ist Heilig Müller, Heckel, Schmidt-Rottluff und ebenso Max Beckstein, ihr einstiger Gefährte von der „Brücke“, haben auch als Künstler ausgedient. Schmidt-Rottluff's „Mann im Schmeer“ hat die tiefe bannende Wesenhaftigkeit seines ganzen Werkes, Heckel's Frauen sind von höchster Zartheit.

Die Bilder Paula Modersohns, von denen das „Mädchen mit der Sonnenblume“ das wertvollste sein dürfte, sind abermals Erinnerung an eine zu früh abgebrochene Arbeit. Auf Alfred Hübners schöne Bilder kommt es noch zurück. Es ist in ihnen ein Franz Marc verwandter Geist und Willkür, auf den wir hoffen.

Von der älteren Generation stellt sich Curt Herrmann wie stets auf die Seite der Jugend, zu der er am ehesten gehört. Dort findet man die bekanntesten Begründer der Sezession — Liebermann, Strodel, Hübner, Lill, Weig, Kollbe, Altmann, Adolf Behne.

Puppenspiele.

Man spricht soviel von Kino-Ertrag und Kino-Merkmale. Aber es gilt nicht nur, die Kinodarbietungen technisch zu verbessern und den Inhalt umzugestalten, sondern man muß zurückgreifen auf alte Formen in der Volkstheaterstellung, die modernisiert heute noch haben. Das zeigte sich mir bei dem Besuch einer Vorstellung des Puppentheaters des Herrn Kleinert aus Ebersfeld, das im Auftrag des Arbeiterbildungsinstituts in Leipzig täglich spielt. Es ist erstaunlich, wie lebendig dieses Puppenstück ist. Man gab „Gulliver im Lande der Zwerge“, ein dramatischerer Stoff, bei dem allerdings von der grimmigen Gesellschaftslehre des Freiländers nur ein flüchtiges Märchenstück mit rheinländischem derbem Humor blieb. Grottel wirkte das Spiel des Direktors Kleinert, der als Riese unter den Zwergen im Zwerglande als Rindenberg lebhaft agierte und an goppelnder Lebendigkeit mit den Puppen wetteiferte. Es ist schade, die Kamit dieses Saales zu beschreiben. Die Darsteller der Kinder der Arbeitsschulen, die den Stoff begeistert mitwirkten, waren die beste Klänge für die Sprache Gullivers und seiner Puppen.

Diese Figuren, gleich von den vier Mitgliedern der Familie

Sozialpolitische Gesetzentwürfe.

Änderung der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Wie mitgeteilt wird, ist im Reichsarbeitsministerium der Entwurf eines Gesetzes über Abänderung des die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung behandelnden 4. Buches der Reichsversicherungsordnung fertiggestellt.

Während bisher fünf Lohnklassen bestanden, deren höchste einen Jahresarbeitsverdienst von 1150 M. und mehr umfaßte, sind jetzt 8 Lohnklassen vorgesehen, und zwar bis 550 M., von mehr als 550 bis 650 M., von mehr als 650 bis 850 M., von mehr als 850 bis 1150 M., von mehr als 1150 bis 2000 M., von mehr als 2000 bis 3000 M., von mehr als 3000 bis 4000 M., von mehr als 4000 bis 5000 M. und von mehr als 5000 M. Die Wochenbeiträge für diese Lohnklassen werden voraussichtlich betragen 100, 110, 120, 140, 160, 180, 200, 240 Pf.

Entsprechend den erhöhten Beiträgen sind wesentlich erhöhte Leistungen vorgesehen. So würde z. B. ein Versicherter, der 2000 M. Beiträge in derjenigen Lohnklasse entrichtet hat, welche einem Jahresarbeitsverdienst von 1150 bis 2000 M. entspricht, im Falle der Invalidität eine jährliche Rente von 710,40 M. erhalten. Die invalide Witwe eines solchen Versicherten erhalte 314,40 M. an jährlicher Rente und jede Witwe 137,20 M. Nach dem bisher geltenden Gesetz hätte nur eine Invalidenrente von 300 M., eine Witwenrente von 152,40 M., eine Waisenrente von 70,20 M. gewährt werden können.

Die früheren Renten sind dadurch erhöht worden, daß die bisherigen Zulagen dauernd beibehalten werden. Neue Zulagen von monatlich 4 M. sind für die bisher gewährten Waisenrenten eingeführt.

Der Aufbau neuer Lohnklassen führte notwendig zur Prüfung der Frage, ob die Angestellten, die bisher bei einem Einkommen bis zu 2000 M. auch von der Invalidenversicherung erfasst werden, weiter in ihr verbleiben sollen. Der Entwurf hat diese Frage dadurch gelöst, daß er die Angestellten künftig nicht mehr zwangsweise der Invalidenversicherung unterwirft. Damit soll jedoch der endgültige Entscheidung der Frage nicht vorgreiflich werden, ob überhaupt die Angestelltenversicherung als besonderes Versicherungsgewert aufrechtzuerhalten ist.

Neu einbezogen sind in die Invalidenversicherung die Hausgewerbetreibenden, von denen bisher nur die der Tabakindustrie und einiger Zweige der Textilindustrie versichert waren. Die Durchführung ihrer Versicherung ist im Hinblick auf die Bescheidenheit der Verhältnisse den Landesversicherungsanstalten überlassen.

Eine grundsätzliche Änderung in dem Aufbau der Invalidenversicherung und die Frage ihrer Zusammenlegung mit anderen Versicherungsgewerten überläßt der Entwurf der kommenden Umgestaltung der gesamten Reichsversicherung.

Die Änderung in der Höhe der Beiträge und Renten, sowie die übrigen Abänderungen, die der Entwurf vorschlägt, bedürfen noch der sehr sorgfältigen Nachprüfung durch das Parlament. Es wird besonders darauf zu achten sein, wie es möglich gemacht werden kann, daß Leistungen und Bezüge der Versicherten dem sehr stark schwankenden Einkommensverhältnis der Versicherten und der Beweglichkeit des Geldwertes angepaßt werden können. Wir halten es für notwendig, daß Bestimmungen in das Gesetz hineingenommen werden, die im Hinblick auf diese unsicheren Verhältnisse die Höhe der Beiträge wie der Renten so elastisch wie möglich gestalten. Darin dürfte die Hauptaufgabe der Prüfung des Gesetzes durch die Abgeordneten liegen.

Der Verordnungsunfug.

Daraus ergibt sich aber auch, daß es notwendig ist, so einschneidende Veränderungen in den Arbeiterversicherungs-gesetzen nicht auf dem Verordnungsweg zu erledigen, wie das erst letzthin wieder bei der Krankenversicherung wirksam nicht wie das Kaiserliche Reich auf dem Jahrmarkt, sondern in der Umgebung dem Märchenfest angepaßt. Das Puppenfest im Puppentheater hat auch den Besatz landkundiger Zuschauer, wie des Professors Kollmann gefunden, und die bürgerliche Presse hat dieser Leistung des Arbeiterbildungsinstituts der U. S. B. Beifall gewollt.

Interessant ist, daß Puppen, Kulissen und aller Theaterzubehör von Meiner selbst hergestellt ist. Das ganze Theater ist sozusagen Heimarbeit.

Wir haben alles Interesse daran, lebensfähige Reste eines alten Volkstums zu erhalten, wenn diese ohne verlogene Romantik möglich ist, und es wäre zu wünschen, daß das Beispiel des Leipziger Bildungsinstituts in anderen Städten Nachahmung findet, und daß ferner unsere Vertreter in den Gemeinden diese gesunde Volkstumsunterstützung, um das Puppentheater an das Puppenfest zu gewöhnen und finanzielle Anfangsschwierigkeiten zu überwinden. — In Berlin und Charlottenburg haben sich bereits ähnliche Versuche bewährt. D. 3.

Jugendbühne. Am 2. Mai findet im Theater im Landwehrkanal, am Zoo, die Premiere der „Jugendbühne Berlin“ statt. Zur Aufführung gelangt die satirische Komödie „Der Mensch“ von Fritz Schler.

Die Intendantin der Staatsoper hat mit Dr. Richard Strauß ein Abkommen getroffen, nach welchem dieser nach Rückkehr von einer größeren Auslandsreise Anfang nächsten Jahres eine Reihe von eigenen Werken und einige von der Staatsoper zu veranstaltende Konzerte leiten wird. Er hat an den Intendanten u. a. Schillingen ein sehr herzliches Dankschreiben voll begeisterten Lobes über die große Art der Aufführung seiner Oper „Die Frau ohne Schatten“ geschrieben. — Für die zum Festen der Witten. und Kaiserin des Reiches der Staatsoper stattfindenden 10 Sinfoniekonzerte ist Herr Wilhelm Furtwängler von der Kapelle der Staatsoper einstimmig zum Dirigenten gewählt und als solcher von den Intendanten bestätigt worden. Herr Furtwängler wird bereits am 4. Mai vorgezogen, seine Konzepte der laufenden Spielzeit leiten.

Im Volkstheater steht „Der Haffelbinder“ mit Alfred Müllner als Gast nur noch bis zum 30. April in Szene, da am 1. Mai die Sommerferien mit „Unser Ragdalenen“ beginnt. Ein Wilhelm Göttemer-Bund. Zum Jubiläum an den 50. Geburtstag des Dichters, findet am Sonntag, den 28. April, nachm. 5 Uhr, in der Aula des Württemberg-Gymnasiums, Zylinderstraße 9-11, eine Gedächtnisfeier statt. Justizrat Dr. Frenzel wird die feierliche Rede vorlesen, Frau Nina Warden aus dem Hofen des Dichters vorstellen.

Eine Gogol-Vorlesung des Dramas „Don Carlos“ findet im Rahmen der Volkshochschule Groß-Berlin am Sonntag, den 20. April, morgens 10 Uhr, im Parkhaus 11, Westendstraße 2, statt. Der Vortrag wird von den bekannten Volkshochschulern und der Frau des Dichters beim Puppentheater u. a. gehalten. — Ein Kurs von Prof. Dahl über „Das Leben der Tiere“ beginnt ebenfalls am 20. April, morgens 8 Uhr, mit einer Vorlesung über die Säugetiere im Museum, Invalidenstr. 43.

Sicherung geschehen sollte. Abgeordnete des Zentrums, der Demokraten und der beiden Reichsparteien hatten in der Nationalversammlung einen Antrag eingebracht, der die Aufhebung der Verordnung über die Herabsetzung des Grundlohnes und die Ausdehnung der Versicherungs-pflicht in der Krankenversicherung forderte. Der Antrag wurde von der Nationalversammlung angenommen.

Obwohl wir mit der Art, in der dieser Schritt in der Presse und von den beteiligten Abgeordneten begründet wird, keineswegs einverstanden sind, möchten wir doch grundsätzlich erklären, daß der Verordnungsunfug überhand nimmt. Es geht nicht an, daß wichtige und für weite Bevölkerungskreise einschneidende Maßnahmen sozialpolitischer Art durch eine Handbewegung des Ministeriums erledigt werden. Es ist überhaupt auffallend, daß sich das Arbeitsministerium des Verordnungs-weges mit besonderer Vorliebe bedient. Wenn das Arbeitsministerium die Berechtigung dazu darauf zurückführen sollte, daß bei der Erledigung sozialpolitischer Fragen das Bestehen großer Organisationen der am stärksten interessierten Bevölkerungskreise eine Verständigung außerhalb des Parlaments ermöglicht, so müssen wir doch sagen, daß wir eine solche Art der außerparlamentarischen Politik nicht billigen können. Der Blick der zu solchen Vorberatungen etwa herangezogenen Vertreter solcher Organisationen, in diesem Falle der Krankenkassen, wird meist allzu sehr beengt durch bestimmte Interessen dieser Organisationen selbst.

Zur Frage der Veränderung der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung ist noch zu sagen, daß bei der Durchführung des Gesetzes besonderer Wert auf die Umgestaltung der Verordnung, auf die Abwägung des Bürokratischen und die Stärkung des Einflusses der Versicherten auf dieselbe zu legen ist.

Zur Schlichtungsordnung.

Im Reichsarbeitsministerium hat am 22. d. M. eine Besprechung des hiesigen ausgearbeiteten Gesetzentwurfs einer Schlichtungsordnung mit Vertretern der großen Verbände stattgefunden. Hierzu hatten die Zentralarbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands, die Reichsarbeitsgemeinschaft land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber und Arbeitnehmervereinigungen sowie die Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Industrie, Handel und Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft, Vertreter entsandt. Nach einer allgemeinen Aussprache, in welcher die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ihren grundsätzlichen Standpunkt in dem vorgelegten Gesetzentwurf bekundeten, wurde beschlossen, den Entwurf zur Weiterberatung an eine Kommission zu überweisen, in der die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer in gleicher Zahl vertreten sein sollen.

Ferner wurde, einem von verschiedenen Seiten geäußerten Wunsche entsprechend, dem Reichsarbeitsministerium zugesagt, den Entwurf drucken zu lassen, um hierdurch den beteiligten Verbänden die Möglichkeit zu verschaffen, ihn den weitesten Kreisen ihrer Mitglieder zur Kenntnis und Stellungnahme zugänglich zu machen. Bei dem beabsichtigten Druck des Entwurfs sollen bereits einzelne Änderungen berücksichtigt werden, die vom Reichsarbeitsministerium auf Grund der vorangegangenen Besprechungen schon jetzt für notwendig erachtet werden. Den weiteren Beratungen soll der Entwurf in der neuen Fassung zugrunde gelegt werden.

Die bayerischen Sozialdemokraten gegen das Ministerium Kahr.

München, 24. April.

Wie die Telegraphen-Union weißt, haben die Sozialdemokraten einen neuen Vorstoß gegen das Ministerium Kahr unternommen. Sie brachten im Landtage eine Interpellation ein, welche von der Regierung neue Äußerungen über die Vorgänge vom 14. März in München fordert, ferner Mitteilungen über die sogenannten Dokumente der Gegenrevolution und endlich Erklärungen des Ministerpräsidenten über seine angeblichen Erklärungen über die Gefahr eines Bruches mit dem Reich.

Der 1. Mai in München.

München, 24. April.

Wie die „Telegraphen-Union“ erzählt, werden anlässlich des 1. Mai die Unabhängigen und Kommunisten große Umzüge in München veranstalten. Es wurde beschlossen, daß am 1. Mai in geschlossenen Zügen nach dem Ostfriedhof marschiert werden soll, wo der Grundstein für ein Denkmal der gefallenen Revolutionkämpfer gelegt werden soll. Note Bohnen werden den Zügen vorangebracht werden.

Generalstreik in Elßig-Lothringen.

Paris, 23. April.

Nach einer Vorwarnung aus Kolmar sind die Eisenbahner, die Postboten und die Buchdrucker heute in den Streik getreten. Die Dienste der Staatsverwaltung werden durch die Truppe versehen.

Nach Privatmitteilungen des „Temps“ aus Straßburg ist der Streik bei den Eisenbahnen allgemein. Auch die Postbeamten streiken. Der Telegraphen- und Telephondienst jedoch ist aufrecht erhalten worden. Gas und Elektrizität für die Beleuchtung funktionieren.

Nach Meldungen aus Metz ist auch in Lothringen der Eisenbahnerstreik allgemein. Nur Züge von Nancy und Paris und umgekehrt kommen an und werden abgelassen. Auch das Postpersonal streikt seit heute Nacht.

Kapp bleibt in Schweden.

Stockholm, 23. April.

Seitens der Regierung wurde entschieden, daß Dr. Kapp auf freien Fuß zu setzen sei, unter der Bedingung, daß er keine Politik treibe und keine politische Verbindung unterhalte. Der Reichspräsident von Stockholm ist beauftragt, Dr. Kapps Aufenthaltsort zu bestimmen.

Keine Reichstagswahlen in Schleswig. Wie das „Norddeutsche Tageblatt“ meldet, werden die Reichstagswahlen in der zweiten Schleswiger Zone nicht erlaubt sein, solange dort die internationale Kommission die Verwaltungsgewalt ausübt. Man wird mit einer Verschiebung der Reichstagswahlen in Schleswig zu rechnen haben.

Verablangung des Ostpreußen-Vertrages in Holland. Die Zeitung des Transpazifikarbeiterverbandes hat den Schiffahrtsgesellschaften mitgeteilt, daß der Ostpreußen-Vertrag aufgehoben ist und am Montag die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Gewerkschaftliches.

Die Hochbahner für Arbeitsruhe am 1. Mai.

Protest gegen Verschleppung der Lohnforderungen.

Eine hart besuchte Versammlung des gesamten Personals der Hoch- und Untergrundbahn, die in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend auf dem Bahnhof Friedrichshagen stattfand, gestaltete sich von Anfang bis zu Ende außerordentlich. Zur Verhandlung standen die seit Wochen eingeleitete Lohnbewegung und die Frage der Arbeitsruhe am 1. Mai.

Über den bisherigen Verlauf der Lohnbewegung berichtete der Vorsitzende des Arbeiterrates Siemann, nachdem der Versammlungsleiter zunächst auf die einflussreichen Berichte der bürgerlichen Zeitungen über die Bewegung der Hochbahner hingewiesen und angeführt hatte, daß keinem Vertreter dieser Zeitungen mehr Zutritt zu den Versammlungen gewährt würde, wenn die Löhnerberichte und Separatliste nicht unterblieben. Siemann teilte mit, daß der Generaldirektor Wuffow die von den Verbandvertretern unterbreiteten Forderungen zwar als gerecht anerkannte, aber als Unternehmervertreter könne er ihnen nicht zustimmen und man müsse sich auf der mittleren Linie einigen. Die Arbeitervertreter hielten es nun für zweckmäßig, nicht den Schlichtungsausschuss entscheiden zu lassen, da dann die Gefahr einer Verschleppung vorlag, sondern ein Schlichtungsgericht, bestehend aus je 3 Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und 3 Unparteiischen, bilden soll; als Verhandlungstag wurde der 19. oder 20. April vorgeschlagen. Es war aber infolge Überlastung des Arbeitsministeriums nicht möglich, an diesen Tagen schon zu verhandeln. Deshalb schlug das Arbeitsministerium zuerst den 1. Mai, dann aber auf Protest der Hochbahner, die auf die Wälder hinarbeiteten, den 3. Mai vor. Aus bestimmten Gründen erklärten sich schließlich die Arbeitnehmervertreter für diesen Termin, unter der Bedingung, daß dem Personal ein rückzahlbarer Vorschuß von 300 M. gezahlt werde. Darauf gingen die Unternehmervertreter ein. — Diese Ausführungen wurden noch von dem Vertreter des Transportarbeiterverbandes, Anobel, bekräftigt und ergänzt. Beide Redner legten der Versammlung nahe, gegen die Hinauszögerung der Verhandlungen durch das Arbeitsministerium zu protestieren.

An der Diskussion protestierte als erster Redner auch Schöffner vom Hochverband deutscher Eisenbahner, einer solchen Organisation, gegen die Eingekerkelung der Verhandlungen, schwächte aber seine anfangs starken Töne zum Schluß wieder ab, indem er die gar nicht zur Debatte stehende Pensionfrage anschnitt. Die übrigen zahlreichen Diskussionsredner gaben ihren recht starken Unwillen darüber Ausdruck, daß auf die Erfüllung der Forderungen, die immerhin infolge der noch steigenden Preis-erhöhungen schon überholt seien, so lange getarnt werden müsse. Es wurden teilweise recht radikale Mittel in Vorschlag gebracht, um eine Beschleunigung herbeizuführen. Nur schweigen und unter großer Unruhe der Versammlung gelang es den Vertrauensleuten, die Versammelten zu beruhigen und ihnen noch etwas Geduld anzuraten, da ja auch die Straßenbahner sich für diese Taktik entschieden hätten. Es wurde schließlich gegen wenige Stimmen die folgende Resolution angenommen:

Die in der Nacht vom 23. zum 24. April versammelten Angehörigen und Arbeiter der Hoch- und Untergrundbahn legen energischen Protest ein gegen die Verschleppungstaktik, welche seitens der berufenen Instanzen getrieben wird. Die Versammelten erwarten eine sofortige Klärung ihrer Angelegenheit und werden gegebenenfalls zu den schärfsten Gegenmaßnahmen greifen, um ihren Forderungen Gehör zu verschaffen.

Die Versammelten erwarten, daß der 3. Mai als letzter Termin in Frage kommt. Sollte dann eine Klärung zu unserm Lohnverdienst nicht eintreten, lehnen die Versammelten die Verantwortung ab für das, was sich im Verkehrsgewerbe abspielen wird.

Nach Erledigung dieses Punktes nahm die Versammlung dann Stellung zum 1. Mai. Nachdem verschiedene Redner auf die Bedeutung dieses Tages hingewiesen hätten, wurde einem Antrag, den 1. Mai ebenfalls durch vollständige Arbeitsruhe oder Angefallenen und Arbeiter zu feiern, gleichfalls gegen nur wenige Stimmen angenommen. Auch hier berührte der gelbe Hochverband, vor allem wieder Herr Schöffner, durch allerhand Finessen einen Teil in die Geschlossenheit der Hochbahner zu treiben, jedoch vergeblich.

Für die Decatur-Arbeiter-Gesellschaft-Berlin am 1. April zu dem Einheitslohn von 120 Mark ein wöchentliches Teuerungszuschlag von 90 Mark von den Unternehmern bewilligt werden, so daß der jetzige Einheitslohn für alle Arbeiter, einschließlich Ausführender, 210 Mark beträgt.

Groß-Berlin.

Vandalismus.

Der Vandalismus in den öffentlichen Gärten- und Parkanlagen hat Formen angenommen, gegen die die gesamte Bevölkerung, vor allem aber die Arbeiterklasse mit aller Energie einschreiten muß.

Wer freut sich nicht der schönen Anlagen, die im Osten am Eingang des Friedrichshagens in Form des Märchenbrunnens von der Stadt Berlin angelegt ist. Dieser Märchenbrunnen ist eine Lebenswürdigkeit ersten Ranges geworden, und kaum ein Fremder, der Berlin besucht und Sinn für Schönheit hat, wird verläumen, diese prächtige Anlage in Augenweiden zu nehmen. Die Figuren, welche an die verschiedensten Märchen erinnern, bilden für unsere Kinder und auch für Erwachsene einen Quell ungetrübter Freude. Wer sich diese Anlage schon näher angesehen hat, muß auf die Bewohnerschaft in der Gegend des Friedrichshagens neidisch werden, wenn er in einem anderen Stadtteil wohnt.

Nun kommt die Nachricht, daß Vandalen sich an den unschuldigen Märchenfiguren vergreifen und eine ganze Anzahl ruiniert haben. Dem Säbel und Bretel sind zum Teil die Hände, zum Teil die Finger abgeschlagen. Jagdbarem Wild die schönen Gewebe direkt abgeholt. Kleirohre für Wasserführung sind gestohlen. Um die Wasserfontänen wieder spielen zu lassen, wurden Motoren eingeleitet. Diese wurden wiederholt zu stehlen versucht. Nur durch große Wachsamkeit wurde der Diebstahl verhindert. Hier muß das Publikum Selbsthilfe schaffen und mit Muffstift ausüben. Die Aufsichtsdienste müssen unterstützt werden.

Reider ist das Gegenteil festzustellen. Ein Pöbel am Märchenbrunnen, der einen solchen Randal festnehmen wollte, wurde von anderen Personen tätlich angegriffen. Das ist entschieden zu verurteilen.

Die öffentlichen Anlagen sind zur Freude und Erholung des Publikums da und jeder ist mitberufen, sie zu schützen. Mit allem Nachdruck muß gegen die elenden Schurken vorzugehen werden, die uns Großstadt-Bewohner

Die kleinen Freuden vergaßen, die wir noch haben können. Wer diesen Unfällen ruhig zuseht, macht sich mitschuldig. Ein Feuerwehrendenkmal sind die friedlichen Blumen abgefeuert worden, so daß die Parkverwaltung sich resigniert fragt: Was sollen wir Blumen pflanzen, wenn sie auf andere Tage doch gestohlen sind. In der Bornholmer Straße sind die Kuffen über Nacht gestohlen worden. Auch an vielen anderen Stellen hat sich der Vandalismus breit gemacht. Schon zu Leibe zu gehen, ist eine sittliche Pflicht aller rechtlich denkenden Menschen. Unsere Genossen werden sicherlich alles tun, um unsere Anlagen schützend vor weiterem Frevel zu bewahren.

Der neue Polizeipräsident und die Polizeibeamten.

In einer Propagandaversammlung der Rechtssozialisten für Polizeibeamte, die am Freitag stattfand, ließ der Referent Bude, als er ausführte, daß der jetzige sozialdemokratische Polizeipräsident Richter unter den Reaktionsären in der Polizeiverwaltung aufzäumen würde, auf heftigen Widerspruch. Ein anderer Teil der Versammlungsbesucher quittierte für diese Redewendung mit schallender Heiterkeit. Mit Recht wurde aus der Versammlung darauf hingewiesen, daß der Polizeipräsident ja noch den Geheimrat Kroll zur Seite sitzen habe, der von durch Diensttelegrame für die App-Banden eingetreten sei. Polizeipräsident Richter verlangt für seine sich vorgenommene Reinigungsfaktion das Vertrauen der Beamten. Wenn er wirklich gesonnen ist, durchzugreifen, dann hat er sicherlich das Vertrauen des größten Teils der Beamten, wenn er aber im Fahrwasser von Eugen Ernst weitergeht, wird er schwerlich die Beamten auf seine Seite bekommen. Die Polizeibeamten, blaue wie grüne, wollen keine Programme und schönen Redensarten mehr hören, sondern Taten sehen.

Untersuchung beim Sturmabteilungsschmidt. Nach Untersuchung von 60 000 Kart Dienstgebern durchgestrichen ist ein 85 Jahre alter aus Peim in der Eifel gebürtiger Rudolf Jordan, der außer in der Kaserne in Roabit, noch eine zweite Wohnung in der Apostel-Paulus-Straße 85 zu Schneberg hatte. Jordan,

der 88 Geld durch schwere Urkundenfälschung an sich brachte, wird jetzt von der Militärbehörde und der Kriminalpolizei gesucht.

Ein mutmaßlicher Kindesmord beschäftigt die Kriminalpolizei. Auf dem Laubengänge an der Ecke der Limburger und Amrumer Straße fand man die Leiche eines neugeborenen Knaben, der wahrscheinlich eines gewaltigen Todes gestorben ist. Sie wurde befragt und nach dem Schutzhause gebracht.

Auf einen Selbstmord läßt ein Hund am Landwehrkanal schließen. In der Herulesbrücke lagen ein brauner Blüchhund und ein schwarzer Labrador, in dessen Tasche sich Briefe auf den Namen Otto Gewaltig, Herulesbrücke 81, befanden. Ein Mann dieses Namens, der dort wohnt, ist seit zwei Tagen verschwunden. Wahrscheinlich ist er an der Herulesbrücke ins Wasser gegangen.

Morgen voraussichtlich Wetter in Berlin und Umgegend. Etwas wärmer, trocken und zunächst überwiegen heiter bei mäßigen südlichen bis südwestlichen Winden, später wieder zunehmende Bewölkung.

Aus den Organisationen.

1. Bezirk der westlichen Vororte. Montag, den 26. April, abends 7 Uhr, Sitzung der Ratkommission bei Thunack, Charlottenburg, Wilsdorfstr. 4.
2. Bezirk. Der für Montag, den 26. d. M., angesetzte Besprechungsabend fällt umstandslos aus.
3. Bezirk. Heute 7 Uhr bei Boeker, Weberstr. 17. Distriktskonferenz, Erscheinen aller Abteilungsleiter, Bezirksleiter und Kommissions-Oberleute bringen notwendig.
4. Bezirk. Montag 7 Uhr bei Boeker, Weberstr. 17, Frauen-Besprechungsabend. Vortrag: „Die Frauen und die kommenden Reichstagswahlen“.
5. Bezirk. Sonntag, 26. April, Besichtigung des Krematoriums in Baumgartenweg. Treffpunkt vorm. 9 Uhr bei Krause, Reichshofstr. am Schlosshof. — Dienstag, 27. April, abends 7 Uhr, Distriktsversammlung in den Comeniuslösen, Remeler Straße 67. 1. Bericht des Vorstandes, 2. des Kassiers, 3. Diskussion, 4. Auffstellung von zwei Kandidaten zur Reichstagswahl.
6. Bezirk. Morgen Sonntag, 26. April, vorm. 9 Uhr, Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus.
7. Bezirk. Distrikts-General-Versammlung Montag, den 26. d. M., abends 7 Uhr, in der Aula Greifswalder Straße 23/24 (Engelum).

1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Neuwahl der Bezirksleitung und Kommissionen. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung Erscheinen unbedingt notwendig!

11. Bezirk. Morgen, Sonntag, 26. April, vorm. 9 1/2 Uhr, Versammlung sämtlicher Mitglieder der Agitations- und Frauenarbeitskommission bei Meyer, Wilsdorfstr. 123.

12. Bezirk. Montag abends 7 Uhr in allen Bezirken Extra-Zähl-Abend. Tagesordnung: Kaffee und Konversationsabend.

13. Bezirk. 2. Abteilung. Sonntag vorm. 9 1/2 Uhr Versammlung aller Bezirksleiter bei Fritsch, Kronheimer Straße 4.

Schöneberg. Bildungskommission, Kollationskommission. Kurzusatz fällt Montag, den 26. April, aus. Sitzung beider Kommissionen Montag 6 1/2 Uhr in der Hohenstraße (Kula) Malfelder.

Treppow-Baumgartenweg. Sonntag, 26. April, vorm. 9 1/2 Uhr, in der Aula des Engesums, Baumgartenweg, Baumgartenstraße. Sprechstunde des Herrn Harndt. Einführung in die Tosen der Freireligiösen Gemeinde.

Waldenstraße. Bildungsausschuss. Montag, den 26. April, abends 7 1/2 Uhr, Sitzung bei Pieper.

Waldenstraße. Montag, 26. April, abends 7 Uhr, Frauenabend im Zeichenhof der II. Gemeindefürsorge, Kollationsstr. 11. Vortrag des Gen. Klotz über „Die politische Lage und die Reichstagswahlen“.

Bereinskalender.

- Transportarbeiter-Verband, Sektion 4. Droschkestr., Privat, Geschäfts- und Kraftfahrer. Freitag, den 26. April, abends 7 Uhr, Sektionsversammlung.
- Köpenick. Freireligiöse Gemeinde. Der Unterricht der Kinder in Lebenskunde, Religionsgeschichte und Gemeinschaftslehre beginnt am Freitag, den 26. d. M., nachm. 4 1/2 Uhr, in der II. Gemeindefürsorge, Wilhelmstraße. Verbänden hiermit ist der Vorbereitungskursus der Jugendlichen auf die Herbstweihe. Anmeldungen nimmt die Freireligiöse Expedition, Wiltbergstraße, schon jetzt entgegen, sie können aber auch noch bei Unterrichtsbeginn erfolgen. — Am Sonntag, den 26. d. M., vorm. 10 Uhr, spricht in der Aula der Dorotheenschule Genosse Dr. P. Krieger über: „Sozialistische Ethik.“ Gäste sehr willkommen. — Nachm. 3 Uhr: Ausflug der Kinder. Treffpunkt: Bahnhof, Ecke Dahlwitzer Straße.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wielepp, Reuhöfen. Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindenbrücker und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Hygiene der Ehe

Neu erschienen in 250. Auflage
Aerztlicher Führer für Braut- und Eheleute von Frauenarzt Dr. med. Zikel, Charlottenburg.
Aus d. Inhalt: Ueber die Frauenorgane. Körperliche Eignunglichkeit z. Untauglichkeit. Gebär- u. Stillfähigkeit. Frauen, die nicht heiraten sollten! etc. — Enthaltsamkeit u. Ausschweifungen vor der Ehe. Eheliche Pflichten. Keuschheit oder Polygamie? Hindernisse der Liebe etc. — Krankheiten der Ehe. Rückstände früherer Geschlechtskrankheiten. Vorbeugung und Ausstreckungsschutz. — Körperliche Leiden der Ehefrau. Entstehung und Heilung der weiblichen Genitalerkrankungen. Folgen der Kinderlosigkeit. Gefahren späterer Heiratens für die Frau. — Neurasthenie und Ehe. Hysterische Anfälle. Hygiene des Nervensystems bei Mann und Frau etc. Bezug geg. Einsendg. v. M. 2.— od. Nachnahme durch Medizin. Verlag Dr. Schweizer, Abt. 34, Berlin NW 87, Repkowitzplatz 5.

Zähne v. 4. n. Teilzahlung. Plomben 1,80. Goldkronen 18 M. Zahnleben mit Einspr. höchst. schmerzlos. Umarm. schlecht. Gebisse. Rep. Zahnarzt W. 111 vol. Potsdamer Str. 85. Hochb. Sprechz. 9-7.

FREIE WELT

Heft 14 Heft 14
„Gespräche französischer Soldaten im Schützengraben“
von Henri Barbusse
Bildnis von Barbusse
Winke für die Hausfrau
Alte und neue Witze

Alt-Metalle

für Engrosverwertung.
Invalidenstr. 112, Nord. 5649

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht
kauft höchstzahlend
Ingenieurbureau Schlichting,
Berlin W 9, Linkstraße 10.
Tel.: Lützow 3705, auch 8518.

Altmetalle

Kupfer, Messing, Zinn, Zink und Blei, auch Platin, Gold- und Silberbruch kauft höchstzahlend
Metall-Einkauf-Zentrale
Kottbuser Damm 66, Mol. 13590

Genossen!
Wert für die „Freiheit“!

Soeben erschien:
Richtlinien
für ein
Gemeindeprogramm
Entworfen von Emanuel Wurm.
Zweite Auflage Preis 60 Pfennig
Organisationen erhalten Rabatt
Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9.

Botenfrauen

steht sofort ein
Sped. Wutzky, Johannisstr. 9.

Botenfrauen

stellt sofort ein
Spedition Tempelhof, Werderstraße 31.

Botenfrauen

für größere Touren
stellt sofort ein
Spedition Thorneiser, Lübecker Str. 11.

Kupfer Messing Zinn

Sämtl. Metalle
Quecksilber
Platin
Gold-, Silber-
Abfälle
Zahngelisse
kauft zu riesig hohen Preisen
in unseren 6 Einkaufsstellen
Metall-Zentrale
1. Brunnenstr. 11
am Rosenthaler Platz
2. Fennstraße 48
am Weddingplatz
3. Beusselstr. 29
nahe der Turmstraße
4. Bahnhofstr. 2
Ecke Schönberger Str.
am Anhalter Bahnhof
5. Neukölln
Kais.-Frühd.-Str. 229
nahe Hermannstraße
6. Weidenweg 72
am Ballenplatz.

Soeben neue Nummer erschienen!

Der Sozialist

Unabhängige sozialdemokr. Wochenschrift
Herausgegeben von
Dr. Rud. Breitscheid

Abonnements vierteljährlich 10 Mk., Einzelnummer 1 Mk.
Bestellungen sind aufzugeben bei der nächsten Postanstalt, bei den Speditionen der „Freiheit“ oder in der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9.

Parteigenosse

in Kleinstadt
sucht politische Korrespondenz
mit Genossen und Genossinnen, auch über wirtschaftliche und andere Fragen. Anheb. unter „G. 42“ an die Geschäftsstelle der „Freiheit“.

Höchste Preise

zahl für neue Spiralbohrer, Holzschrauben, Schmirgelleinen Müller, Neue Königstraße 26 (Alexandrop.)

Metalle

Quecksilber kauft
Weltmann, Lützenstr. 20
am Gros. so detail.
Telephon Amt Norden 407.

Dringender Bedarf!

Schmirgelleinen (blau), speziell Nr. 3, dringend bei höchstem Preise zu kaufen gesucht.
Anders, Große Frankfurter Straße 101.

Frauenhaar!

zu höchst. Tagespreisen kauft
Haarhandlung
Prinzenstr. 96, bis 5 Uhr.

Paraffin, Wachs,

Farben, Terpentin, Materialien
nach kleine Posten, kauft
Oranien-
Winkler, burser Str. 12.

Inserate

für die Abend-Freiheit
müssen spätestens bis
10 Uhr vormittags,
für den darauffolgenden
Tag bis 4 Uhr nachm.,
Sonntags bis 2 Uhr nachm.,
bei der Expedition Schil-
baderdamm 19 eingeleitet sein!

KLEINE ANZEIGEN

Annahme in allen Speditionen des Verlages
Das Ueberschriftswort 115 M., jedes weitere Wort im Text 85 Pf.; hierauf 30% Zuschlag; Stellengesuche ohne Zuschlag
Geschäftsstelle: Berlin NW 6, Schilbaderdamm 19

Verkäufe

Gardinenverkauf Deutsch, Landsberger Straße 13.
Köpenicker Straße 101, Gardinen-Gelegenheitsverkäufe, täglich 9-11 Uhr.
Tülldecken, Gardinen, Stoffe, Küstlergarden, bunt und Tüll. Verkauf direkt an Privats zu Engrospreisen. Gardinenspezialhaus Köpenicker Straße 101 II, nahe Jannowitzbrücke.
Gardinen verkaufen Sie preiswert nur im Spezialgeschäft, da dort keine Zwischenhändlerpreise. Reiches Lager in Schalldämmen, Küstlergarden, Stoffe, Bettdecken, Verkauf direkt an Privats zu Engrospreisen. Spezialgeschäft für Gelegenheitsverkäufe, Köpenicker Straße 101, II. Etage.
Bessere Anzüge, fertig und nach Maß, sportlich, in eigener Werkstatt gearbeitet. Ross, Wilhelmstr. 40a, Kochstraßen-Ecke.

Möbel

Vornehme Herrenulster, Winterpaletots, Jackettanzüge (Gehrockanzüge, Smokinganzüge, Frackanzüge), auch leibweisse, Joppen, sowie Pelzwaren jeder Art in Sports- und Gehpelzen, Pelzjoppen, Pelzer Alaska-, Krems-, Rot- und Skunkfuchas, Allerhand Gold- und Silbersachen kaufen Sie am billigsten im Leihhaus Rosenthaler Str. 14 I. (Hausnummer genau beachten.)
Jackettanzüge, neu, 174, Mk. 590, verkauft Marx, Wehlauer Str. 22, 4 Tr.
Restauration mit großem Vereinszimmer unter günstigen Bedingungen wegen anderen Unternehmens. Zu erfragen Friedrich Schäfer, Paßstraße 63.
Musik-Instrumente sowie Saiten, Zierbänder, sonstige Bestandteile wegen Aufgabe des Geschäfts zu Spottpreisen. Beckstraße 49, Ouergebäude ptr.
Möbeleinkauf. Schreib- und Bücherchränke, Büttel, ganze Wirschalen, Nachlässe kauft Wilschberger Straße 2, Möbelgeschäft, Alexander 1887.
Seiten bilanziell Schlafzimmer, helles, ausbaum, 130-160 breiter Spiegelschrank, Wohnzimmer, Speisezimmer, Sofa, Umbauten, Küchen, Petersberger Str. 41, Zahlungs-erleichterung.
Stube und Küche, gut erhalten, 2100 Mk. verkauft (Händler verb.). Hattenstr. 6, Laden.
Chaiselongues, 150.— bis 300.—, Metallbetten 750.— bis 1000.—, weiße Schlafzimmern, Mäcke, Auguststr. 24a, Ough.

Kaufgesuche

Silbergeschmelze, Hedenack, Köpenicker Str. 157 (an der Mantelfleiser) kauft höchstzahlend: Goldabfälle, Silberabfälle, Platinabfälle, Zahnabfälle, silberne Uhren, Silber, Kupfer, Messing, Blei, sowie edelm. Metallabfälle.
Goldbruch und Silberbruch, Uhren, Wertachen kauft höchstzahlend, Schubert, Beerwaldstraße 53.

Kupferdrähte, Kabel,

Litzen kaufen zu den höchsten Tagespreisen. Schumann, Luthertstraße 29, Hof part. Kauf. 2054.
Kupferleitungen, Litzen, Spulen und Dynamodrähte, Zündkerzen kauft bei Metzger, Jablonstr. 2, Neuhagenstr. 91, 4-8 Uhr.
Gießlampen, gebrauchte, elektrische Schalter, Passagen usw. kauft, Schneider, Veterinärstraße 6.
Dynamodrähte, Spulen, Leitungsdrähte, Litzen, Installationsmaterialien, kauft große, kleine Posten Laskowski, Dresdener Str. 23-25, (Einkauf) 1. Etage, Telefon Moritzplatz 131 101.
Schneldrehstuhl, Spiralbohrer kauft bis 180% Aufschlag. Dynamodräht, Schwandt, Woldenberger Str. 10 Seitenföhr part.
Leim kauft stets Siabold, Biemannstraße 74.
Leim Kilo 20.—, Schellack kauft höchstzahlend, Herbst, Tapezierer, Große Hamburger Straße 18/19.
Pinsel, Schellack, Leim, Benzol sowie sämtl. Materialien kauft Schmidt & Weber, Febrilliner Str. 24.
Kaufe Talleim Kilo 23 M., Schellplatten höchste Tagespreise. Ankaufsstelle Neukölln, Juliusstraße 59.
Spulen, dynamische, dynamische, Glühlampen aller Arten kauft Blasig, Elsassstr. 32, Nähe Steintor Bahnhof, — Norden 8243.
Kupferleitungen, Kabel, Litzen, Motoren kauft zu den höchsten Preisen Elektrobüro Lange Straße 771, nicht Keller, Ecke Andreasstr. Alex. 2992.
Grammophonplatten, auch Bruch kauft Farbendruck, Reichenberger Str. 120, Hof.

Werkzeuge und Maschinen

Rohhaare, Bindfäden, Möbelstoffe, Sattlerwaren kauft Tapezierer-Werkstatt, Oranienburger Straße 12.
Zähne, alte Gebisse, Platin, Gold kauft Dentist Werner bei Metzger, Jablonstr. 2, Neuhagenstr. 91, 4-8 Uhr.
Naturstahl und Spiralbohrer kauft höchstzahlend, Restaurant Bornholmer Str. 50 an der Christianstraße.
Säcke, Garne, Sacklampen kauft Metzger, Jablonstr. 2, Telefon: Königstadt 2627.
Konkurrenzlose Höchstpreise! Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Holz-, Schloß- und Maschinen-Schrauben, Feilen, Werkzeuge, Bosch-Magnete und -Kerzen etc. Anders, Gr. Frankfurter Str. 101.
Spiralbohrer, jeden Posten zu hohen Preisen kauft Werkzeughandlung Luisen-Str. 68.
Boschmagnete, Boschkerzen, neue, alte, kauft ständig „Gericht-Garage“, Gerichtstraße 17.
Höchstpreise für Spiralbohrer, Holzschrauben, Schmirgelleinen, Naturstahl, Gewindbohrer, Naturstahl, Holzschrauben und Maschinen-Schrauben, Feilen, Schmirgelleinen, sämtliche Werkzeuge, P. Haifer, Landberger Straße 85, Kgl. 9374.
Spiralbohrer, Kugellager, Fräser, Schmirgelleinen, Schweißstahl, Schrauben, neue Werkzeuge kauft Henschel, Pankstr. 50.
Spiralbohrer, Werkzeuge und Schmirgelleinen kauft Werkzeughandlung Luisen-Str. 18.
Spiralbohrer bis 200% Schmirgelleinen, Dreilackent-letter, Werkzeuge, Maschinen, Motoren, Holzschrauben kauft Prinzenstr. 13, Hof 1, Einkaufshörs.
Ueber Höchstpreise zahle ich für Spiralbohrer aus Schnell- und Werkzeugstahl, Gewindbohrer, Naturstahl, Holzschrauben und Maschinen-Schrauben, Feilen, Schmirgelleinen, sämtliche Werkzeuge, P. Haifer, Landberger Straße 85, Kgl. 9374.
Spiralbohrer, Kugellager, Fräser, sämtliche Werkzeuge, kauft Marzen, Löwenstr. 2 v. III.
Spiralbohrer 250 v. III. Schmirgelleinen kauft Schäfer, Lichtenberg, Wartenberg-Str. 18.

Spiralbohrer, Werkzeuge

aller Art, kauft Schmidt, Naunynstr. 31, Mol. 5801.
Spiralbohrer kauft gegen solorige Kasse Schulze, Friedenau, Pregestraße 81, Platz. 4875.
Motorräder, Magnete, Zündkerzen, Vergaser, Kugellager kauft Fenker, Schönhauser Allee 153.
Bosch-Zündkerzen, gebraucht und neu kauft Dambach, Oppelner Straße 48, Moritzplatz 88.
Spiralbohrer kauft zu höchsten Preisen sowie Holzschrauben Fenker, Ing. Berlin N 20, Pankstr. 27. Tel. Hamb. 459.
Spiralbohrer, Fräser, Feilen, Schmirgelleinen, Schweißstahl, Schrauben, neue Werkzeuge kauft Henschel, Pankstr. 50.
Spiralbohrer, Werkzeuge und Schmirgelleinen kauft Werkzeughandlung Luisen-Str. 18.
Spiralbohrer bis 200% Schmirgelleinen, Dreilackent-letter, Werkzeuge, Maschinen, Motoren, Holzschrauben kauft Prinzenstr. 13, Hof 1, Einkaufshörs.
Ueber Höchstpreise zahle ich für Spiralbohrer aus Schnell- und Werkzeugstahl, Gewindbohrer, Naturstahl, Holzschrauben und Maschinen-Schrauben, Feilen, Schmirgelleinen, sämtliche Werkzeuge, P. Haifer, Landberger Straße 85, Kgl. 9374.
Spiralbohrer, Kugellager, Fräser, sämtliche Werkzeuge, kauft Marzen, Löwenstr. 2 v. III.
Spiralbohrer 250 v. III. Schmirgelleinen kauft Schäfer, Lichtenberg, Wartenberg-Str. 18.

Schäferhunde, Stuben-

bunde, Hundeverkauf, Ankauf, Dressurbuch 3.— M., Kupiren, Hasenfutterverkauf, Schell-lands Handpark, Palisadenstraße 25.
Hunde an- und verkauft Capelle-Hundezentrale, Böckstraße 26.
Unterricht
Richtig deutsch sprechen, schreiben lehrt Er-wachene (auch abends) sehr erfolgreich (schiller) Sprach-lehrer, Auftrag, sgl., Postlaga-rie 187, Briefpostamt Berlin.
Russischer Unterricht bei russischem Genossen ge-sucht. Angebote unter „Bolschewik“ Exped. der Freiheit.
Russisch, Sprechlehrer, Mädrin Honorar, Vorlesun-ge nicht nötig. Offerten Postamt 61, Legationstr. 202.
Fahrräder
Fahrradgummi, prima Ware, Riesenlager, günstigster Einkauf. Fahrrad-Industrie, Charlottenburg, Bismarck-str. 62.
Ansiadelungen
Baustellen
Saarkartoffeln, Döngelk, Lehm, Hohensandor, Pro-geradorf, Kleine Ansbang, Hülseu, Sieglitz, Treitschkestr.

Verschiedenes

Rechtsrat v. Haendler, Borstgr. 11 (Sietliner Bahnhof), Prozessführung durch Justizrat! Ehescheidungs-, Alimenten-, Strasschen! Letzter Erfolg! Entscheidung in 6 Wochen erledigt, Rechtsberatung kostenfrei.
Erfinder, Patentbureau, Paucker, Gertraudenstr. 15, Zentrum 7600.
Malkorsetta fertig an bei Soßränge Frau Margarete Richter, Febrilliner Str. 5.
Beleuchtungs, moderne elektrische Gas- und Zählungs-erleuchtung, Pels & Co., Potsdamer Str. 96 I, Hochhaus Gölwstr. 9.
Tiermarkt
50 Legehühner verkauft billig, Am Ostbahnhof & Lad.